

Blick auf die Vermessungsarbeiten an der einstigen DDR-Grenze aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums der Grenzöffnung im November 1989

Von Dieter Kertscher

Wenn in den November-Tagen des Jahres 2009 in zahlreichen Jubiläumsfeiern der Grenzöffnung vor 20 Jahren gedacht worden ist und Schilder mit dem Hinweis auf diese innerdeutsche Grenze an den nun wieder befahrbaren Verbindungsstraßen zwischen Ost und West aufgestellt worden sind, so dürfte es auch einen Rückblick wert sein, sich der Entstehung und der Vermessungspraxis an dieser als „Zonengrenze“ bezeichneten insgesamt 1.393 Kilometer langen Schnittstelle zwischen den beiden Machtblöcken der Welt zu erinnern.



Abb. 1: Schilder mit der Aufschrift „Ehemalige innerdeutsche Grenze“ sind heute vielfach an den einst versperrten Übergängen entlang der von 1945 bis 1990 existierenden Zonengrenze zu sehen. Diese sind anlässlich der 20. Wiederkehr der Grenzöffnung aufgestellt worden

Aus der Sicht eines Angehörigen der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, der sein Referendariat in den 1970er Jahren unter anderem im „Grenz“-Katasteramt Helmstedt absolviert hat, und anschließend in unterschiedlichen Funktionen in den Katasterämtern Göttingen und Wolfenbüttel wiederum aktiv an Vermessungsarbeiten

an der Grenze zur DDR beteiligt war, sollen in dieser Rückschau einige Aspekte aus der Vermessungspraxis entlang dieses innerdeutschen Grenzstreifens in Erinnerung gerufen werden und durch Kartendokumente und Fotos (die zu machen bei sämtlichen Arbeiten an dieser Grenze streng untersagt war) belegt werden. Wenn die gezeigten Materialien vorrangig aus dem niedersächsischen Grenzbereich stammen, so dürfen sie gleichwohl als charakteristisch für die gesamte Demarkationslinie zwischen der Lübecker Bucht und der bayrischen Stadt Hof angesehen werden. Diese Grenze ist zum Symbol des Kalten Krieges geworden. Sie hat mehr als 40 Jahre lang die Welt in zwei politische Machtblöcke gespalten. Sie ist zur Reibungslinie der Weltpolitik geworden – aber auch zum hoch interessanten Tätigkeitsfeld deutscher Vermessungsingenieure.

Vom „Zonenprotokoll“ bis zum Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten im Jahr 1972

In den Archiven der Kataster- und Vermessungsdienststellen entlang der innerdeutschen Grenze stehen Aktenordner voller Unterlagen zu Vermessungsarbeiten an dieser Grenze. Gleich lautend heißt es auf allen Einführungsseiten: Auf der Basis des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) vom 21. Dezember 1972 sind in den Jahren 1973 bis 1975 Vermessungsarbeiten und 1985 bis 1987 Überprüfungsarbeiten an der gemeinsamen, insgesamt 1.393 Kilometer langen Grenze



Abb. 2: In den ersten Nachkriegsjahren war die Grenze zwischen den westlichen und der sowjetischen Besatzungszone nur an Straßen und Wegen durch Schilder und Wachposten kenntlich. Doch wurde sie bald in ihrem gesamten Verlauf durch einen gepflügten Streifen sichtbar. Sie blieb aber für Menschen und Waren in beiden Richtungen noch durchlässig. Das Problem der Bewirtschaftung von Feldern, deren Eigentümer in einer anderen Besatzungszone wohnten, war kompliziert zu lösen. Ein Archivbild: Ein Pferdegespann wird unter Mitwirkung des westlichen Grenzschutzes an die DDR-Grenzsoldaten zurückgegeben, mit dem ein Landwirt zuvor von der östlichen Seite auf die Westseite geflüchtet war. Die Pferde waren LPG-Eigentum (LPG war die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft).



Abb. 3: Insgesamt 1.393 Kilometer lang war die zu vermessende Grenze zur DDR. Sie berührte die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern. In Niedersachsen waren die Katasterämter Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen, Gifhorn, Helmstedt, Wolfenbüttel, Goslar, Osterode und Göttingen mit den Arbeiten an der DDR-Grenze beteiligt.

durchgeführt worden. Bekanntlich war es bis zu diesem offiziellen und amtlichen Umgang zwischen der DDR und der BRD ein langer und an Opfern sowie Besonderheiten reicher Weg. Anfangs standen noch kein Schlagbaum und noch kein Zaun, auch noch nicht diese später unüberwindliche Mauer zwischen den Menschen hüben und drüben, die Jahrhunderte lang enge Kontakte gepflegt hatten. Schrittweise wurde diese

sowjetische Besatzung fielen die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Die deutsche Hauptstadt Berlin wurde bekanntlich in vier Sektoren aufgeteilt. Was nur wenige im von den westlichen Alliierten und den Sowjets besetzten Deutschland wussten: Schon am 12. September 1944 hatten im sogenannten „Londoner Protokoll“ die USA und Großbritannien im „1. Zonenprotokoll“ vereinbart:

„1. Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in drei Zonen aufgeteilt, von denen eine jeder der drei Mächte zugeteilt wird,

und in das Sondergebiet Berlin, welches unter eine Besatzungsbehörde der drei Mächte gestellt wird.

2. Die Grenzen der drei Zonen und des Gebietes Berlin und die Aufteilung der drei Zonen unter den USA, dem Vereinigten Königreich und der UdSSR wurden festgelegt, ... die der Ostzone folgendermaßen:

Das Gebiet Deutschlands, einschließlich der Provinz Ostpreußen, das östlich der Linie liegt, die ihren Anfang nimmt an dem Punkt in der Bucht von Lübeck, an dem die Grenzen von Schleswig-Holstein und Mecklenburg zusammenstoßen, entlang der Westgrenze von Mecklenburg zur Grenze der Provinz Hannover läuft, weiter entlang der Ostgrenze von Hannover zur Grenze von Braunschweig, entlang der Westgrenze der preußischen Provinz Sachsen zur Westgrenze Anhalts, entlang der Westgrenze Anhalts, entlang der Westgrenze der preußischen Provinz Sachsen und der Westgrenze Thüringens, bis diese auf die Grenze Bayerns stößt, dann entlang der Nordgrenze Bayerns bis zur Grenze der Tschechoslowakei im Jahre 1937, wird von den Streitkräften der UdSSR besetzt, mit Ausnahme des Gebietes Berlin, wofür nachstehend eine Sonderform der Besatzung festgesetzt wird.“

An dieser bereits ein halbes Jahr vor Kriegsende vorgenommenen Aufteilung Deutschlands wurde nichts mehr geändert. Während der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde sie bestätigt. Dass Frankreich als vierte Besatzungsmacht hinzukam, hat auf die in diesem Bericht zum Thema gemachte Grenze zur russischen Zone keinen Einfluss.

Am 8. Juni 1945 konnte beispielsweise im von der 12. Amerikanischen Heeresgruppe herausgegebenen „Braunschweiger Boten“ die genaue Grenzziehung unter



Abb. 4: Diese 1985 in der DDR gedruckte Karte zeigt den Verlauf der Grenze zwischen dem Gebiet des Landkreises Wolfenbüttel und der DDR mit den Kartensymbolen einer Landesgrenze. Zur Hervorhebung ist diese Grenze zusätzlich orange-farbig gekennzeichnet worden.

der Überschrift „Russische Zone ist bestimmt“ nachgelesen werden. Allerdings war zunächst noch unklar, wann sich die Besatzungstruppen endgültig auf diese Linie zurückziehen würden. In dem oben genannten Bericht war lediglich gemeldet worden: „Sobald die angloamerikanischen Truppen aus Sachsen, Thüringen und Anhalt zurückgezogen sind, werden Sowjettruppen diese Gebiete, die zur russischen Besatzungszone gehören, besetzen.“

Dieser Zeitpunkt war am 1. Juli 1945 gekommen. Die Truppen der West-Alliierten verließen die an die Rote Armee übergebenen Gebiete in Richtung Westen. Mit diesen im Übrigen auch zehntausende gefangener deutscher Soldaten, die nicht in sowjetische Kriegsgefangenschaft übergeben werden wollten.

Die grundlegende Vereinbarung der Besatzungsmächte über die Grenzen ihrer

Zonen ist also das Londoner Protokoll vom 12. September 1944. Die Festlegung erfolgte durch Verweisung auf die innere Gliederung des Deutschen Reiches. Diese Provinz- und Ländergrenzen waren seit langem vermessungstechnisch von den Anrainern anerkannt. Vielfach waren die Grenzpunkte durch mächtige und repräsentative Landesgrenzsteine markiert.

Braunschweigische Hoheitsgrenze

Für die Vermessungen beispielsweise der Braunschweigischen Hoheitsgrenzen sind vom 18. Jahrhundert an die Maße in Hoheitsprotokollen, -rezessen und -karten festgehalten worden. In der überwiegenden Zahl dieser Dokumentationen sind nur die unmittelbar mit den Landesgrenzen zusammenhängenden Maße und Beschreibungen enthalten. Diese Grendokumente befanden sich zunächst bei dem „LakuVa“ (dem Landeskultur- und Vermessungsamt), später bei den Katasterämtern, dann bei den Vermessungs- und Katasterbehörden und schließlich bei den Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften, GLL. Inzwischen sind diese Landesgrenzmesstdokumente digitalisiert worden. Die Abgabe der Originaldokumente an das Niedersächsische Staatsarchiv steht bevor.

In der Regel tragen die Landes- und Provinzgrenzsteine die Initialen der Länder. Daneben sind viele dieser Steine mit Jahreszahlen oder Nummerierungen versehen. Gelegentlich ist bei älteren Landesgrenzsteinen das Wappen der durch die Grenze geschiedenen Territorien eingemeißelt. Für die Vermarkung beispielsweise an den braunschweigischen Landesgrenzen wurden hauptsächlich Hoheitsgrenzsteine mit dem Zeichen „HB“ (Herzogtum Braunschweig) für die



Abb. 5: Blick auf die DDR-Grenze, wie er sich über Jahrzehnte dem westdeutschen Betrachter bei Hornburg gestaltete.



Abb. 6 und 7: Die historischen Grenzsteine rund um das Gebiet des Herzogtums Braunschweig tragen die eingemeißelten Buchstaben „HB“ oder „B“ und stehen für „Herzogtum Braunschweig“ bzw. „Braunschweig“.

Braunschweiger Seite und „KH“ oder „KP“ (Königreich Hannover/Preußen) auf der preußischen Seite verwendet. Häufig ist auf der Oberseite der exakt

vermessene Grenzpunkt eingemeißelt, bisweilen ist auch der weitere Verlauf der Grenze graviert angedeutet worden. Die Grenzsteine stehen überwiegend als „direkte Abmarkung“ exakt im Grenzpunkt. Bei Wasserlauf-Grenzen wird in aller Regel eine „indirekte Abmarkung“ an den Böschungen gewählt.

An der bayrisch-thüringischen Grenze sind neben den eigentlichen Grenzsteinen auch außerhalb der Grenzlinie stehende „Hoheitssteine“ vorgefunden worden. Eine ähnliche Praxis ist später von Seiten der DDR mit den schwarz-rot-gelb schraffierten, mannshohen Hoheitssteinen nahe den maßgebenden und nur wenig aus dem Erdreich hervorragenden Grenzpunkten angewandt worden. Bekanntlich hat diese Markierungspraxis zu zahlreichen „ungewollten“ Grenzüberschreitungen westdeutscher Grenzbesucher geführt. Der sich von Westen der Grenze nähernde Besucher glaubte, noch auf westdeutschem Gebiet zu stehen, hatte aber längst die maßgebende Grenze überschritten. Nicht selten sind diese Besucher dann von den Grenzsoldaten festgenommen und in die DDR gebracht worden.

Die Vermarkung der maßgebenden Grenzlinie folgte dem Prinzip: Jeder Brechpunkt / Knickpunkt der Grenze ist durch einen Grenzstein gekennzeichnet. Allerdings ist es vielen dieser Landesgrenzsteine nicht anders ergangen als einer Vielzahl solcher Grenzmarkierungen. Sie waren im Laufe der Jahre mehr oder weniger ins Erdreich eingesunken oder gerieten in Schiefelage. Der exakte Grenzpunkt war in diesen Fällen anhand der maßgebenden Unterlagen wieder herzustellen.

Vermessungstechnisch bedarf es einer Klarstellung: Ob und inwieweit eine alte Abmarkung der Grenze noch erhalten war, hatte für die Feststellung des zutreffenden Grenzverlaufs zur DDR nur untergeordnete Bedeutung. Maßgebend waren die Maßzahlen und Beschreibungen.



Abb. 8: Auf der anderen Seite des Grenzsteins war beispielsweise für Preußen das „P“ eingemeißelt. Wenn zusätzlich Zahlen auf den Grenzsteinen festgehalten sind, dann sind dies laufende Nummern oder in manchen Fällen auch Jahreszahlen des Setzens dieser Grenzmarke. Dieser Stein steht zwischen Roklum und Winzigstedt und markiert die einst hier verlaufende Landesgrenze zwischen den Ländern Braunschweig und Preußen.

Vereinbarungen der früheren Besatzungsmächte über den Grenzverlauf bis hin zur „Bierdeckel-Grenze“

Neben dem Londoner Protokoll bestanden als weitere Rechtsgrundlagen für die Markierungstätigkeit „spätere Vereinbarungen der damaligen Besatzungsmächte“, die zu örtlichen Abweichungen der Grenze von den Festlegungen des Londoner Protokolls geführt haben. Zu derartigen „späteren Vereinbarungen“ ist es in nennenswertem Umfang im Grenzverlauf zwischen der britischen und sowjetischen Besatzungszone, also im späteren niedersächsischen Bereich,

gekommen. In der Geschichte des Grenzschutzkommandos Nord (1951 bis 1991) wird über derartige Vereinbarungen wie folgt berichtet: „Eindeutige Belege über solche örtlichen Entscheidungen/Verhaltensweisen der Alliierten konnten trotz umfangreicher Nachforschungen eigener Behörden und Dienststellen nicht beigebracht werden, weil es sich wohl überwiegend um Fälle einer so genannten „Bierdeckel-Grenze“ handelte.“



Abb. 9: Ältere Landesgrenzsteine haben im Laufe der Zeit häufig eine Schiefstellung erlitten. Die hier eingemeißelten Buchstaben „KH“ stehen für „Königreich Hannover“.



Abb. 10: 1974 bis 1976 wurde die Grenze zur DDR mit speziell dafür angefertigten mächtigen Granitsteinen vermarktet. Das in die Oberseite gemeißelte Kreuz zeigt exakt den Grenzpunkt an. Auf der DDR-Seite waren die Buchstaben „DDR“ eingelassen. In den 80er Jahren wurden schief stehende Steine aufgerichtet und in zahlreichen sehr langen Grenzschlägen zusätzliche Grenzsteine eingebracht.

Sämtliche dieser Grenzänderungen erfolgten wegen des allgemein als „provisorisch“ verstandenen Charakters der Zonengrenzen verständlicherweise ohne zentimetergenaue Vermessungen und ohne Abmarkungen im Gelände. Es erwies sich als nützlich, wenn der genaue Grenzverlauf „an Ort und Stelle unter Einbeziehung aller Unterlagen festgelegt und markiert“ worden war.

Fakt ist, dass 1945 von den früheren Besatzungsmächten schriftliche Aufzeichnungen zumindest in Skizzenform vorgenommen worden sind. Teils sind damals auch Grenzkarten angefertigt worden, die allerdings maßstabsbedingt (in der Regel wurden kleinmaßstäbige Karten verwendet) nicht präzise in ihren Eintragungen sein konnten, um entsprechende Angaben exakt genug in die Örtlichkeit übertragen zu können. Tatsache war in den ersten Nachkriegsjahren – und das soll hier abermals wiederholt werden –, dass dem Verlauf der Zonengrenzen von den Beteiligten nur Abgrenzungscharakter von untergeordneter Bedeutung beigegeben worden ist. Man sah die Zonengrenzen als etwas vermutlich Vorübergehendes und für einen kurzen Zeitraum Gültiges an.

„Gebrauchsgrenze“ – Kalter Krieg – Absperrmaßnahmen der DDR

Im Laufe der Jahre hat sich auf der Basis dieser genannten zahlreich vorliegenden Vereinbarungen der Besatzungsmächte eine oder genauer gesagt die im Gelände sichtbare „Gebrauchsgrenze“ herausgebildet. Das Bedürfnis nach einer möglichst noch klareren Festschreibung wuchs, je konkretere Züge der „Kalte Krieg“ zwischen den beiden Machtblöcken Ost und West von Jahr zu Jahr annahm. Infolge der Absperrmaßnahmen der Grenze seitens der DDR wurde aus östlicher Sicht die Notwendigkeit eines eindeutigen Grenzverlaufs noch dring-

licher. Die DDR nahm diese durchgehende und dauerhafte Kennzeichnung der Grenze im Jahre 1967 vor.

Bereits vorher hatte die westdeutsche Seite den Grenzverlauf im Interesse der Anlieger und Besucher im Gelände verdeutlicht. Für einen Beobachter ergab sich nach alledem, also vor Aufnahme der Markierungsarbeiten Mitte der 1970er Jahre, folgendes Bild: Auf DDR-Seite standen – und zwar auf DDR-Gebiet, aber unmittelbar an der Grenze – niedrige weiße Betonpfähle, die als Dokumentation der DDR-Auffassung über die Gebrauchsgrenze gewertet werden konnten. Diese Pfähle fehlten in den Abschnitten, in denen westdeutsche Grenzsicherungsorgane ein Einbringen verhindert hatten, da sie das betreffende Gelände als Bundesgebiet betrachteten. Etwas zurückgezogen auf DDR-Gebiet befanden sich (und zwar auch nach der sogenannten „Grenzvermessung“ noch) die wesentlich höheren „Grenzsäulen“, schwarz-rot-gold gestrichen und mit einem Emblem der DDR versehen. Diese Grenzsäulen waren in größerem Abstand, etwa in Sichtweite voneinander, aufgestellt. Für einen außen stehenden Beobachter sehr viel auffälliger war der von der DDR errichtete Sperrzaun, der jedoch tiefer auf DDR-Gebiet errichtet war. Unter Umständen – je nach den örtlichen Gegebenheiten – waren diese Markierungen bis zu einigen Kilometern, durchschnittlich jedoch etwa 50 Meter von der Grenze entfernt zu finden. Die DDR hielt einen Streifen vor dem Zaun grundsätzlich von Vegetation frei. Auf westdeutscher Seite war die Grenze durch Hinweis- und Warnschilder des Bundesgrenzschutzes gekennzeichnet.



Abb. 11: Dieses Bild entstand im Herbst 1974 am Schlagbaum auf der Straße von Hornburg nach Osterwieck im Landkreis Wolfenbüttel an der damaligen Grenze zur DDR. Anlass dieses Treffens war ein Dank an beide Vermessungstrupps für ihre Arbeit im Grenzabschnitt 21 durch das Bundesinnenministerium (BMI). Auf dem Foto von links: Dipl.-Ing. Eckehard Materne (Katasteramt Wolfenbüttel), Dr. Fußlein (BMI), Person nicht mehr bekannt, Dr. Ing. Otto Neisecke (Leiter des Katasteramtes Wolfenbüttel), Prof. Dr. Ing. Albert Alves (Referatsleiter des Niedersächsischen Innenministeriums) und Dipl.-Ing. Friedrich Meyer (Dezernatsleiter der Vermessungs- und Katasterverwaltung im damaligen Regierungsbezirk Braunschweig).

Zur Wahrnehmung der Markierungsaufgaben richtete die Grenzkommission die Arbeitsgruppe Grenzmarkierungen ein, die am 15. März 1973 zu ihrer ersten Sitzung in Schwerin zusammentrat. Die Arbeitsgruppe schloss ihre Arbeiten mit der 26. Sitzung in München vom 6. bis 8. April 1976 ab und leitete einen Abschlussbericht an die Grenzkommission.

Der Arbeitsgruppe gehörten neben Mitgliedern der Grenzkommission weitere Fachleute beider Seiten aus dem geodätischen, sprich katastertechnischen, dem grenzpolizeilichen und dem Zoll-Bereich an. In der Delegation der westlichen Bundesländer waren die Kataster- und Vermessungsämter vertreten, die für einen Abschnitt an der Grenze zuständig waren. In den Sitzungen der Arbeitsgruppe wurden Absprachen über das Vorgehen bei den Markierungsarbeiten getroffen oder zur Beschlussfassung durch die Grenzkommission vorbereitet.

Durchführung der Grenzmarkierungsarbeiten

Die Geschichte des Grenzverlaufs war in sehr vielen Bereichen trotz allen Zurückgreifens auf vorhandene Grenzverläufe eine sehr komplizierte. Es erwies sich für die nach vorn gerichtete praktische Arbeit der Grenzkommission als vorteilhaft, nicht alle Einzelheiten aufhellen zu wollen, soweit sie sich als unerheblich erwiesen haben.

Als Ziele der Arbeiten der 1972 gebildeten Grenzkommission ließen sich benennen:

1. Grenzbegradigungen vorzunehmen, wo dies möglich erschien,
2. Grenzverläufe an oder in Gewässern anzuhalten, wo dies vorgefunden wurde und
3. Versorgungsschwierigkeiten zu vermeiden, was heißt: Ein Gebietsteil, der von der eigenen Zone schlecht zu erreichen war, wurde abgetreten.

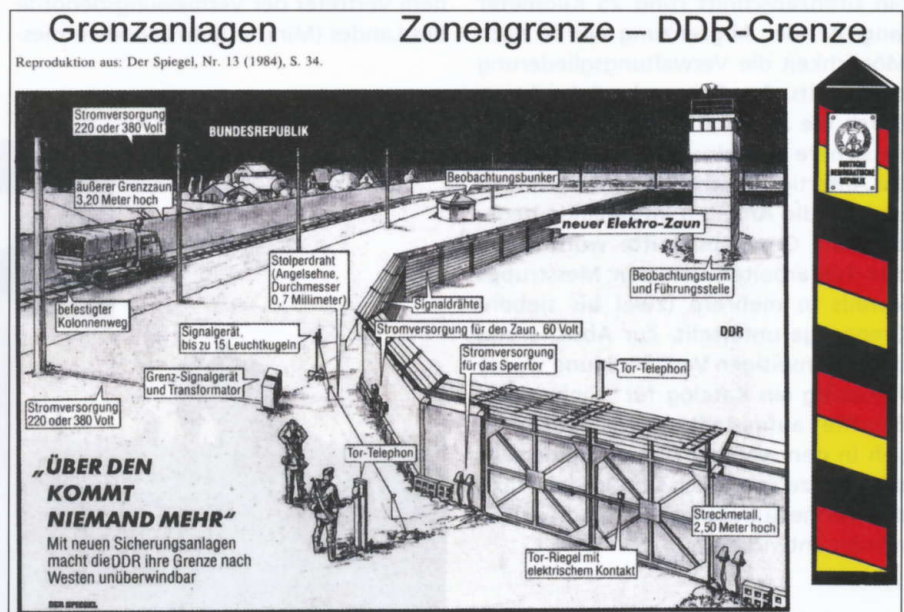


Abb. 12: Hier sind schematisch die unüberwindlichen Grenzanlagen der DDR-Grenze in ihrer Systematik dargestellt, wie sie zur Zeit der Vermessungen bestanden.

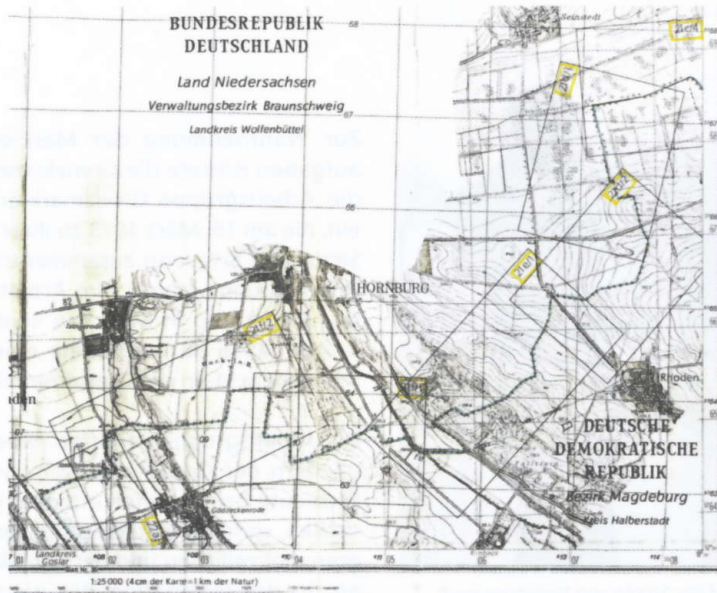


Abb. 13: Die Grenze zur DDR ist (von der Lübecker Bucht im Norden beginnend) in Grenzabschnitte untergliedert worden. Die Grenze des Landkreises Wolfenbüttel lag im Abschnitt 21. Die Grenzdokumentation erfolgte in Sonderkarten, wie sie hier angedeutet werden.

Die Grenze wurde von der Grenzkommission vorab in Grenzabschnitte unterteilt. Der Abschnitt in der Ostsee (14,9 km) erhielt die Bezeichnung „Lübecker Bucht“, die Abschnitte auf dem Festland wurden im Anschluss hieran von 1 bis 58 durchnummeriert. Durchschnittlich war ein Grenzabschnitt rund 25 Kilometer lang. Bei der Abgrenzung wurde nach Möglichkeit die Verwaltungsgliederung beiderseits der Grenze berücksichtigt. Durch die Abschnittseinteilung war eine sichere gemeinsame Grundlage für die Anfertigung schriftlicher Unterlagen und für die Arbeiten im Gelände gegeben. Die Grenzabschnitte wurden bei den Feldarbeiten von den Messtrupps jeweils in mehrere (zwei bis sieben) Grenzzüge unterteilt. Zur Absicherung der gegenseitigen Verständigung wurde frühzeitig ein Katalog für „Einheitliche Begriffe“ aufgestellt – so weit hatte man sich in den wenigen Jahren beiderseits der Grenze sprachlich und in der Praxis der Vermessungsarbeiten schon auseinander entwickelt.

Gemeinsamer Grenzbegegung

Im Anschluss an den Unterlagenvergleich wurde die Grenze von Vertretern beider Seiten gemeinsam begangen. Die Leitung oblag auf westlicher Seite dem Vertreter der Vermessungsbehörde des Landes (Ministerium/Landesvermes-

sungsamt). Für den niedersächsischen Bereich hatte die Funktion Ministerialrat Dipl.-Ing. Albert Alves inne; ihm folgte 1988 in dieser Funktion Ministerialrat Dipl.-Ing. Jürgen Schlehuber. Ferner beteiligten sich regelmäßig Vertreter der Grenzsicherungsorgane, die Vorsteher der Kataster- bzw. Vermessungsämter, weitere örtlich zuständige Mitglieder der Arbeitsgruppe und die Messtruppführer. Bisweilen wurden weitere Personen hinzugezogen, z. B. an „nassen Grenzen“ häufig die Vertreter der Wasserwirtschaftsbehörden. Dem Grenzbegegung kam eine entscheidende Bedeutung für die Festlegung des Grenzverlaufs in den Fällen „späterer Vereinbarungen“ zu. Wie der Unterlagenvergleich musste auch der Grenzbegegung in besonders problematischen Abschnitten unter Hinzuziehung weiterer Mitglieder der Arbeitsgruppe sowie des Vertreters des betroffenen Landes in der Grenzkommission wiederholt werden – zum Teil mehrfach. Beim Grenzbegegung wurden Absprachen über das Vorgehen der Vermessung getroffen. Die beim Grenzbegegung festgelegten Grenzpunkte wurden verpflockt oder schriftlich festgehalten. Das geschah ausgesprochen präzise: In den eingeschlagenen Holzpflock wurde



Abb. 14 und 15: Das Fotografieren während der Arbeiten an der DDR-Grenze war streng untersagt. Gleichwohl sind diese beiden Fotos entstanden. Sie zeigen die ost- und westdeutschen Vermessungsingenieure beim gemeinsamen Grenzbegegung im Jahre 1986 im Grenzabschnitt 21 bei Hornburg.

als zentimetergenaue Festlegung ein Nagel in die Kopffläche dieses Pflöckes geschlagen. Anschließend haben die Messtrupps an exakt dieser Stelle die Grenzmarkierung (Grenzstein oder anderes) eingebracht.

Die Vermarkung und Vermessung oblag „gemischtem Messtrupp“, bestehend aus je einem Trupp der östlichen und einem der westlichen Seite. Auf beiden Seiten gab es einen Messtruppführer. Die Messtrupps auf westlicher Seite wurden mit wenigen Ausnahmen von den örtlichen Katasterämtern gestellt und standen unter der Aufsicht der Amtsvorsteher, die Mitglieder der Arbeitsgruppe waren. Es wurden bei den Arbeiten auf beiden Seiten moderne Geräte wie z. B. elektro-optische Tachymeter eingesetzt. Der Bundesgrenzschutz und andere Stellen unterstützten die Arbeiten. In Bayern waren den landesrechtlichen Vorschriften entsprechend die gemeindlichen Feldgeschworenen (regelmäßig vier zusätzlich bestellte Personen) beim Setzen der Grenzsteine mit tätig.

Da praktisch eine Neuvermessung der Grenze erforderlich wurde, erwiesen sich die Vermessungs- und Abmarkungsarbeiten als äußerst personal- und zeitaufwändig. In der praktischen Zusammenarbeit beider Seiten entwickelte sich insgesamt ein rationelles und kooperatives Verfahren, so dass dank des Einsatzes aller Beteiligten die gesamte Abwicklung zügig und in verhältnismäßig kurzer Zeit vorgenommen werden konnte. Die Arbeiten im Gelände ruhten nur während der Wintermonate.

Das Ergebnis der Vermessung wurde in einem Zahlenwerk festgehalten, das auch für die künftige Wiederherstellung von in der Örtlichkeit verlorengegangenen Grenzpunkten maßgeblich ist. Für jeden Grenzabschnitt wurde nach

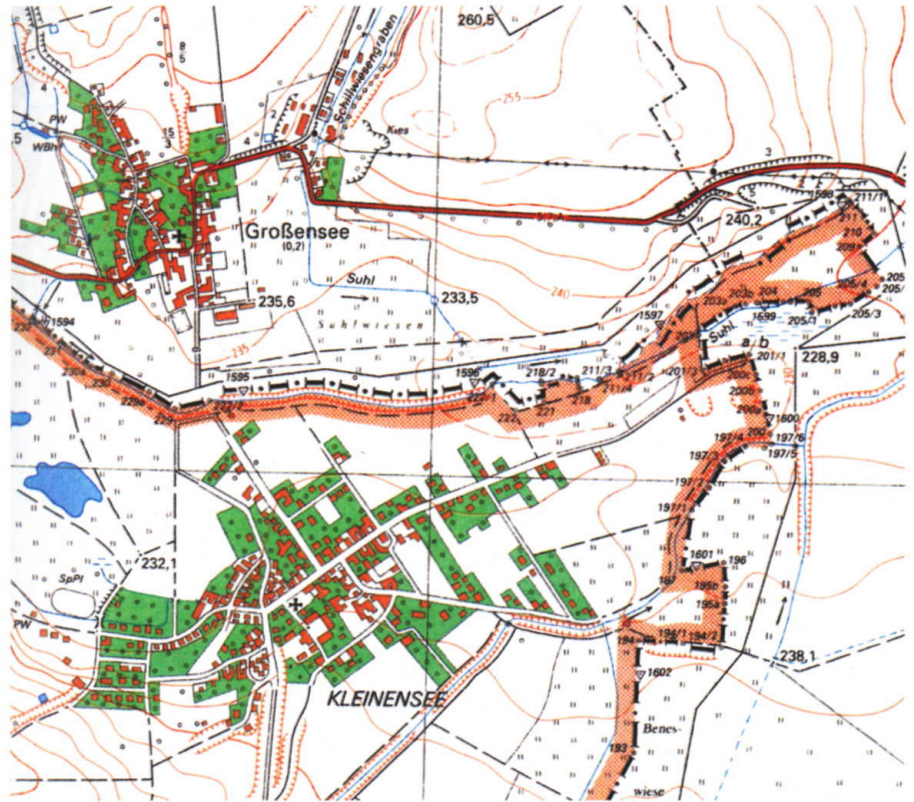


Abb. 16: Stellvertretend für die Dokumentation der DDR-Grenze auf östlicher Seite sei hier ein Kartenausschnitt vom Verlauf der innerdeutschen Grenze zwischen der thüringischen Gemeinde Großensee und dem Ortsteil Kleinensee der hessischen Gemeinde Wildeck gezeigt. Der Grenzverlauf wird durch die Grenzsäulen (Beispielsweise Nr. 1595) und Grenzzeichen (z.B. Nr. 229) markiert. Die Nummerierung der Säulen erfolgte fortlaufend von der Lübecker Bucht bis zum Dreiländereck Hof, die der Grenzzeichen pro Grenzabschnitt. Die Grenzabschnitte wurden in Züge unterteilt und mit Buchstaben gekennzeichnet. Die entlang der Grenze verlaufende schwarze Linie war der Kolonnenweg für Kontrollfahrten der Grenztruppen der DDR. Interessant sind die militärischen Geoinformationen zur Angabe der Straßenbeschaffenheit: 5(7)A = Straßenbreite 5 Meter, Gesamtbreite 7 Meter, Fahrbahndeckmaterial: Asphalt. Aus historischen Karten sind Angaben von Feuerstellen pro Siedlung bekannt. Die DDR gab in diesen Karten die Anzahl der Einwohner bekannt: Großensee ist mit (0.2) versehen und bedeutet, dass dort 200 Einwohner leben.

Abschluss der Vermessungs- und Vermarkungsarbeiten ein Ergebnisprotokoll erstellt. In diesem ist auch der Zeitpunkt angegeben, ab dem beide Seiten für ihre praktischen Maßnahmen den festgestellten Grenzverlauf als verbindlich betrachteten; diese Termine lagen für die einzelnen Grenzabschnitte zwischen dem 1. Oktober 1974 und dem 1. April 1976.

Nach Eintritt dieser „Maßgeblichkeit“ sind die Grundeigentümer über die vorgenommenen Abmarkungen in der je Bundesland vorgesehenen Form unterrichtet worden; in Niedersachsen in Gestalt von Erläuterungsterminen in

den betreffenden Gemeinden, in Hessen durch Offenlegung, in Bayern durch schriftliche Benachrichtigung der Eigentümer. Die Grenzkommission begann mit ihrer Arbeit im Norden an der Ostsee und setzte sie nach Süden fortschreitend fort. Die Vermessungs- und Abmarkungsarbeiten gelangten etwa gleichzeitig in den vier Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern im Herbst 1975 zum Abschluss. Offen blieben die Elbe-Abschnitte und ein niedersächsischer Teilabschnitt des Harzbaches Warme Bode östlich von Braunlage.

Grenzdokumentation der rund 1.393 Kilometer langen Grenze

Nach Abschluss der praktischen Arbeiten und Vorliegen der dabei angefallenen Grenzvermessungsunterlagen konnten die in der Erklärung zu Protokoll über die Aufgaben der Grenzkommission vorgesehenen Grenzbeschreibungen und Grenzkarten erarbeitet werden. Im Winter 1975/76 lag diese Dokumentation vollständig vor. Als konkretes Ergebnis der Vermessungsarbeiten ließ sich festhalten: Für die Bewohner und die Besucher bestanden nunmehr keine Zweifel über den genauen Grenzverlauf. Damit hatte sich die Gefahr von Grenzzwischenfällen entscheidend vermindert. Die gesamte Problematik der „strittigen“ Grenzabschnitte mit ihren Nachteilen für Eigentümer und andere Berechtigte gehörte von diesem Zeitpunkt ab der Vergangenheit an.

Eine Besonderheit: Die Geschichte des Grenzverlaufs im Großen Bruch bei Hornburg

Bisweilen verlief der „Grenzziehungsprozess“ spannender als es der Lage der Unterlagen nach zu erwarten war. Als Beispiel für solch einen zu definierenden Grenzverlauf soll im Folgenden der Grenzbereich im „Großen Bruch“ östlich von Hornburg dienen.

Für die Stadt Hornburg ist deren Lage an einer Grenze seit jeher von großer Bedeutung gewesen. Das „Große Bruch“ als natürliche Grenzmarkierung trennte die Einflussbereiche zweier Territorialherren. Hornburg, am Südrand dieses Sumpfgbietes, war Teil des Hochstiftes, später des Fürstentums Halberstadt und schließlich Preußens. Die Verwaltung Hornburgs gehörte daher zu Osterwieck, Halberstadt und Wernigerode, vielfältige wirtschaftliche und persönliche Beziehungen entwickelten sich, Straßen, Postkutschen und die Eisenbahn stellten Verbindungen her.

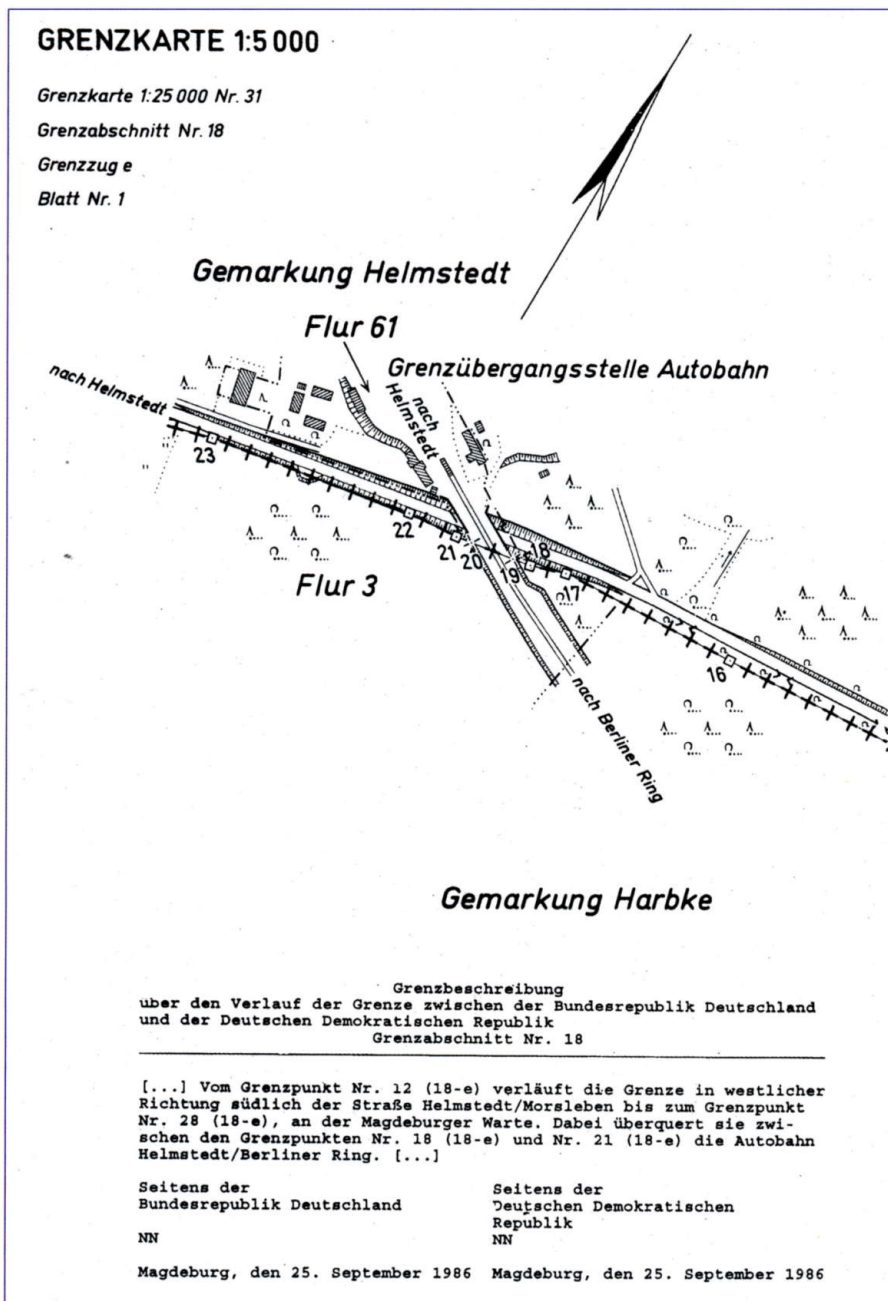


Abb. 17: Möglicherweise ist diese Grenzlinie quer über die Autobahn von Helmstedt nach Berlin am häufigsten überquert worden. Hier die Dokumentation dazu in den gemeinsam von Vermessungsingenieuren auf beiden Seiten erstellten Unterlagen zur Vermessung der DDR-Grenze

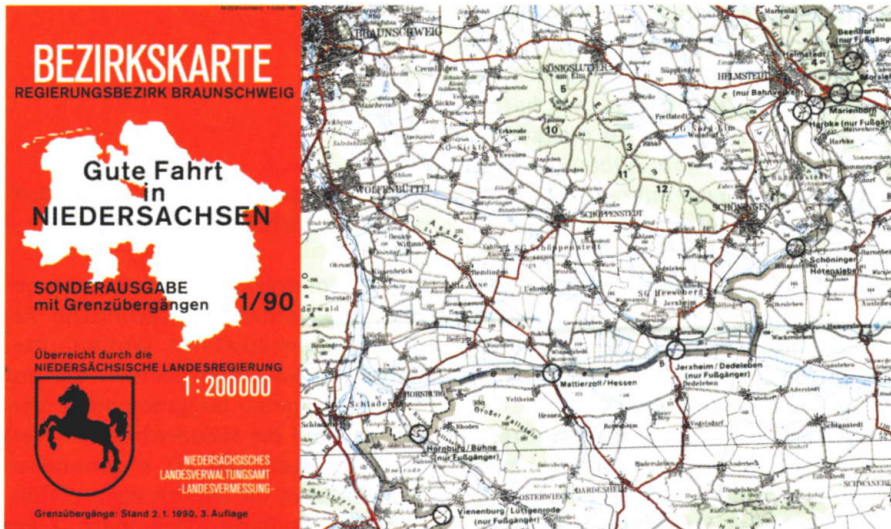


Abb. 18: Im Januar 1990 erstellte die Landesvermessung in Hannover die in mehreren Auflagen erschienene „Sonderausgabe der Bezirkkarte Braunschweig“ mit den Grenzübergängen mit dem Titel „Gute Fahrt in NIEDERSACHSEN“ als Orientierungshilfe für alle, die zu Tausenden die Grenze in beide Richtungen durchfahren wollten. Diese Karten wurden kostenlos an die Besucher aus der DDR verteilt. Auch viele westdeutsche Bürger benutzten diesen Sonderdruck auf ihrer ersten Besuchsfahrt in die DDR. Diese bis zu diesem Zeitpunkt außerhalb der Verwaltung nahezu unbekannt Drucke der Bezirkskarten sind mit dem zusätzlich aufgebracht Druck der Grenzübergänge die möglicherweise meistgedruckten Kartenblätter in Niedersachsen geworden.

1941 wurde eine neue Grenze gezogen. Hornburg, Isingerode und Roklum wurden Teil des Landkreises Wolfenbüttel, die Gemarkungen Hessen und Papstorf kamen zum Landkreis Wernigerode bzw. Oschersleben. Hintergrund war das Bestreben der nationalsozialistischen Regierung, ohne Schwierigkeiten die kriegswichtigen, auf braunschweigischem Gebiet befindlichen Hermann-Göring-Werke mit Wasser aus den Brunnenfeldern im Bruch bei Hornburg zu versorgen.

Nur allzu nachvollziehbar war am Ende des Zweiten Weltkriegs die Unsicherheit bei der Grenzziehung für den Ort Hornburg. Ortsheimatpflegerin Sibylle Heise schreibt in ihrem „Hornburg – eine Stadt an der Grenze: „Nach Ende des Zweiten Weltkriegs herrschte daher in Hornburg Unsicherheit, wie die von den Siegermächten festgelegte Demarkati-

onslinie zwischen der sowjetischen und der britischen Besatzungszone verlaufen und zu welchem Gebiet Hornburg künftig gehören würde. Die britische Militärregierung hatte im Sommer 1945 die Burg besetzt, die Eigentümerin des Burggebäudes und Gutes wurde mit ihren Kindern in ein Haus am Eingang des Gutshofes untergebracht. Sicherheitshalber lagen unter den Betten aller Familienmitglieder gepackte Rucksäcke, so war eine eventuelle Flucht vor den Russen vorbereitet. Die Situation spitzte sich zu, als auf dem Gutshof britische Soldaten hölzerne Grenzschilder hergestellt hatten, diese Schilder schulterten und aus dem Hof abmarschierten. Groß war die Erleichterung, als die Soldaten sich in südliche und östliche, nicht aber in nördliche Richtung bewegten, das bedeutete nämlich, dass Hornburg unter britischer Besatzung verbleiben würde und die Rucksäcke wieder ausgepackt werden konnten...“

Professor Dr.-Ing. Johannes Nittinger, der von 1939 bis 1949 Chef des preußischen Neumessungsamtes in Wolfenbüttel und mit der vermessungstechnischen Betreuung des Aufbaus der Hüttenwerke betraut war, berichtet in seinen gedruckten vorliegenden Lebenserinnerungen über das, was 1945 in Hornburg und Nachbargemeinden passiert ist, als Russen vor den Toren Hornburgs standen. Er und seine Vermessungskollegen aus der Dienststelle in der Kanzleistraße Nr. 3 haben aktiv in das Räderwerk der Nachkriegsgeschichte dieser Region eingegriffen. Sie zeigten den seit 1941 maßgebenden Grenzverlauf an. Auf den allermeisten im Umlauf befindlichen Landkarten war Hornburg noch zu Preußen zugehörig dargestellt worden. Nittinger schreibt wörtlich: „Durch die Aufklärung des Neumessungsamtes in Zusammenarbeit mit dem damaligen (Hornburger) Bürgermeister Lambrecht war es möglich, die Russen an der (späteren) ‚Zonengrenze‘, also südlich der Stadt, zu stoppen. Durch diese Aktion konnte die Stadt Hornburg von einer Besetzung durch russische Truppen bewahrt werden.“

Die Nachbar-Gemeinde Hessen hatte dieses Glück, wie es Hornburg hatte, nicht. Der 1941er-Vereinbarung entsprechend kam sie in die „Ostzone“, die von den Russen besetzte Zone. Über die Zuordnung von Papstdorf (das östlich von Hessen liegt) hat es keine Diskussionen gegeben. Papstdorf wurde sowjetisch besetzt. Die lange braunschweigische Tradition half den Papstdorfern nichts. Insgesamt 45 Jahre sollte diese Länderaufteilung Bestand und sehr weitreichende Auswirkungen auf die Bewohner dieser Gemeinden haben.

Vermessungsarbeiten an der DDR-Grenze aus der Sicht eines beteiligten Wolfenbütteler Vermessungsingenieurs

Der Systematik der gesamten Grenzvermessung zwischen Ostsee und Bayerischem Wald entsprechend war der Wolfenbütteler Grenzabschnitt der Abschnitt Nr. 21. Dessen Vermessung lag im Verantwortungsbereich des Katasteramtes Wolfenbüttel. Der damalige gerade 27 Jahre junge Vermessungsinspektor Dipl.-Ing. Eckehard Materne leitete von 1974 bis 1976 den Vermessungstrupp des Katasteramtes Wolfenbüttel. Er erinnert sich 35 Jahre nach seinem Einsatz an der Grenze zur DDR noch sehr genau an diese gemeinsam mit den DDR-Vermessungskollegen praktizierten Arbeiten an der „Staatsvermessung West“ (wie dieses Projekt im Sprachjargon-Ost hieß): „In Sachen Messprinzipien gab

es zwischen Ost und West keinerlei Differenzen. Im Gegenteil,“ so macht der engagierte Vermessungsingenieur heute noch jedem Zuhörer klar, „wir hatten die modernsten Messgeräte, die es Mitte der 1970er Jahre gab, hüben wie drüben. Jeder Trupp hat mit seinen Geräten die Grenzpunkte aufgemessen, es ist auch getrennt (also doppelt) Feldbuch geführt worden – natürlich mit vollständig identischen Messzahlen, Skizzierungen und Erläuterungen. Der jeweils andere Truppführer zeichnete im Kopf des zweiten Feldbuches bei ‚Gemessen durch...‘ gegen“. Als äußerst hilfreich hat der heute im Ruhestand lebende Vermessungsingenieur die logistische und technische Unterstützung durch den Bundesgrenzschutz (BGS) in Erinnerung. Und als täglich immer wieder neuer Gesprächsstoff erwies sich die zu diesem Zeitpunkt stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft 1974. Die DDR-Auswahl

besiegte bekanntlich den späteren Weltmeister Deutschland im Gruppenspiel.

Nach einem dreiviertel Jahr war die gemeinsame vermessungstechnische Arbeit im Grenzabschnitt Wolfenbüttel vollbracht. Am Ende standen die auf Zentimeter genau vorgenommene Vermessung und die Niederschrift der Vermessungsergebnisse im sogenannten Feldbuch bzw. im amtlich als „Fortführungsriß“ titulierten Dokument. Eckehard Materne ergänzt: „Wo historische Grenzsteine standen, die meist mit den Landesbuchstaben ‚HB‘ (Herzogtum Braunschweig) und auf der anderen Seite ‚KP‘ (Königreich Preußen) versehen waren, wurden diese erhalten. Ansonsten wurden die speziell angefertigten, großen schweren Granitsteine mit dem Kreuz auf der Oberfläche (zur Festlegung des exakten Grenzpunktes) und den drei Buchstaben ‚DDR‘ auf der der DDR zugewandten Seite zur Markierung der Grenze verwendet. Auf bundesrepublikanischer Seite blieb die Oberfläche des Steines frei von Gravuren.“

Durchgängige Überprüfung der Grenze Mitte der 1980er Jahre

Die „Erstvermessung“ der innerdeutschen Grenze hatte, wie beschrieben, 1976 ihren Abschluss gefunden. Eine erste durchgängige Überprüfung der Markierung an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bestehende Grenze hat die weiterhin bestehende Grenzkommission am 27. September 1984 festgelegt.

Der Autor dieses Berichts hatte als dama-



Abb. 19: Der Autor dieses Berichtes Dieter Kertscher im Jahr 2009 am wieder geöffneten Übergang zwischen Mattierzoll und dem Ort Hessen an einer der erhaltenen ehemaligen schwarz-rot-gold gestrichenen DDR-Grenzsäulen.

liger Leiter des Katasteramtes Wolfenbüttel die Aufgabe, diese Arbeiten, unterstützt durch einen Vermessungstrupp, für die Grenze zwischen dem Landkreis Wolfenbüttel (Land Niedersachsen) und dem südlich angrenzenden DDR-Bereich durchzuführen. Dabei wurde wiederum nach den in der Grenzkommission vereinbarten Grundsätzen verfahren. Das bei der Erstvermessung geschaffene Zahlenmaterial war Basis für die Überprüfungsarbeiten.

Die vermessungstechnischen Arbeiten wurden in Nachtrags-Vermessungsrissen zu den elf Jahre zuvor gefertigten Rissen wiederum in doppelter Ausfertigung protokolliert: Wie bei der Erstvermessung hatten sämtliche Dokumente die Messtruppführer beider Seiten zu unterzeichnen, anschließend die Beauftragten beider Seiten.

Einige zeitliche und statistische Angaben an dieser Stelle und etwas Grundsätzliches zu diesen Überprüfungsarbeiten zwischen Lübecker Bucht und der Stadt Hof: Mit dem Grenzbehang wurde im März 1985 begonnen. Die Begänge der Grenze wurden von beiden Messtrupps vorgenommen. Nach einem strengen Terminplan wurden auf diese Weise 1985 23 Grenzabschnitte, 1986 22 und 1987 10 Grenzabschnitte begangen und die Berichtigungen an den Grenzmarkierungen vorgenommen. Auf Seiten der DDR lagen die geodätischen Arbeiten wiederum zentral beim „VEB Geodäsie und Kartografie Erfurt“.

Für den Bereich des Wolfenbütteler Grenzbereichs zur DDR im Grenzabschnitt Nr. 21 wurde dieser Begang am 2., 3. und 4. September 1986 durchgeführt. Die Protokolle zu diesem Begang machen deutlich, dass Grenzmarken, wenn überhaupt, aufzurichten oder höher zu setzen waren oder auf sehr langen Grenzlinien mit zum Teil über 200 Metern Länge etwa mittig ein zusätzlicher

Grenzstein einzubringen war. Mehr als einmal hatten westdeutsche Landwirte mit ihren landwirtschaftlichen Maschinen diese langen Grenzlinien in leichtem Bogen nach Osten überschritten.

Für ein leichtes Schmunzeln – allerdings nur bei den Vertretern der westdeutschen Seite – sorgte ein Hornburger Jägerstuhl hoch oben in einem Weidenbaum genau über diesem Grenzgewässer. Der Baum war wie alle Weiden an Gewässern im Laufe der Jahre in Schiefelage gekommen. Ein Abloten des Holzsitzes seitens der ostdeutschen Grenzvermesser ergab, dass der Hochsitz längst im Luftraum der DDR angekommen war, also auf DDR-Territorium stand. Eine sofort eingeleitete Telefonkonferenz mit Ostberlin und Bonn ergab Minuten später: Dieser Hochsitz durfte ab sofort

nicht mehr bestiegen geschweige denn zu Jagdzwecken genutzt werden.

Die Wolfenbütteler Vermessungsakteure erinnern sich an die Behebungsarbeiten von Mängeln der Grenzmarkierungen heute ebenfalls noch gut. „Wie bei der Erstvermessung dieser Grenze gab es auch jetzt fachlich Übereinstimmung darüber, wie die Arbeiten auszuführen waren“, so Vermessungstruppführer Dipl.-Ing. Peter Sturm 23 Jahre danach. „In dem Begehungsprotokoll war bereits alles festgelegt, was an den bezeichneten Grenzsteinen vorzunehmen war. Weil beispielsweise im Bereich des Großen Bruchs die Grenze kilometerweit in der Grabenmitte verlief und dort natürlich direkt kein Stein eingebracht werden konnte, haben wir 1986 in Grenznähe sehr viel mehr Topografie (also Grabenböschungen und ähnliches) aufgemessen und in den Feldbüchern dokumentiert als bei der Erstvermessung 1974. Das hilft bei der künftigen Orientierung enorm“, so Peter Sturm.



Abb. 20: Ein Kuriosum entlang der innerdeutschen Grenze stellte die Abmarkung mitten auf der Sperrmauer der Eckertalsperre im Harz dar. Bekanntlich verlief die Grenze mittig durch das Stauwasser und quer durch die Staumauer. Entsprechend konnte die Mauerkrone von westdeutscher Seite auch nur bis zur Vermauerung betreten werden. Die scharz-rot-goldene Grenzmarkierung mitten auf der Staumauer ist bis heute als Grenzdenkmal erhalten worden.

Besonders interessant wird es für Zuhörer heute, wenn die damals an der Grenze Tätigen über die Dinge sprechen, die mindestens ebenso interessant wie die fachlichen Arbeiten zusammen mit den Kollegen aus der DDR erschienen. „Mal wohnten unsere DDR-Vermessungskollegen die Woche über privat im Gasthof ‚Weinschänke‘ im Ort Hessen, mal in grenznahen Kasernen. Wenn ‚privat‘ gewohnt wurde, konnten den Kollegen Dinge mitgegeben werden“, so übereinstimmend die Wolfenbütteler Grenzvermesser, „die drüben begehrt und nicht oder nur schwer zu kaufen waren.“

„Einmal haben wir die DDR-Kollegen auf deren Wunsch in unserem Kleinbus in ein Autohaus nach Hornburg gefahren“, erinnern sich die Katasteramtsmitarbeiter, „was natürlich östlicherseits

streng verboten war.“ Peter Sturm hatte Vorarbeit geleistet und zwei Auszubildende an diesem Tage zu den Steinsetzarbeiten mitgenommen. Auf diese Weise konnten die unentwegt mit ihren Fernrohren in Richtung Messtrupp schauenden DDR-Grenzsoldaten im Sichtschutz bietenden Buschwerk nicht erkennen, wie vollständig der arbeitende Trupp zu dieser Zeit war. „Unseren Erkenntnissen zufolge blieb dieser Hornburg-Abstecker ohne Folgen oder Konsequenzen für die DDR-Kollegen“, so Peter Sturm 23 Jahre nach die Begebenheit aus dem Kapitel „Gemeinsame Vermessung der DDR-Grenze“.

Keiner der an dieser ersten Überprüfung der innerdeutschen Grenze im Jahre 1986 Beteiligten konnte ahnen, dass diese erste Überprüfung zugleich auch die letzte sein würde. Seit der Grenzöffnung im Jahre 1989 jedenfalls ist dieser Grenzlinie nicht mehr Aufmerksamkeit gewidmet worden als jeder anderen zwischen Bundesländern verlaufenden Grenze. Die 1974 bis 1975 gesetzten und 1985/86 überprüften Grenzsteine mit den drei Buchstaben „DDR“ in Richtung einstigem DDR-Gebiet sind als Grenzmarkierungen an Ort und Stelle verblieben. Alle anderen von den Grenztruppen gesetzten Pfähle und sonstigen Zeichen sind bald nach der Grenzöffnung verschwunden. Im Archiv des Katasteramtes Wolfenbüttel steht in der untersten Reihe der Regalwand ein roter Aktenordner mit der Beschriftung „Nachweis der Aufmessung der Grenze zur DDR – Grenzabschnitt 21...“. Sämtliche der diesen Abschnitt betreffenden Protokolle der Grenzkommission und Feldbücher der gemeinsam vor Ort arbeitenden Vermessungstrupps sind darin zusammengefasst. Tausende von Messzahlen auf Hunderten von inzwischen zum Teil schon dunkler gewordenen Kopien dieser Dokumente (die Originale dieser Kopien liegen heute in der Vermessungsdienststelle in Wernigerode) sind der Beleg für eine in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts politisch und fachlich sehr intensiv betriebener Vermessungsarbeiten deutscher Vermessungsingenieure entlang der rund 1.400 Kilometer langen Grenze zwischen den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern auf der westlichen und der DDR auf der östlichen Seite.

Bald wurde „diese Grenze“ eine Grenze wie jede andere. Unmittelbar nach Grenzöffnung 1989 allerdings rückte – zumindest für wenige Wochen – die inner-



Abb. 21: 20 Jahre nach Öffnung der Grenzübergänge sind direkt am Grenzübergang in Niedersachsen Hinweistafeln aufgestellt worden, die jedermann erinnern sollen, dass bis vor 20 Jahren an dieser Stelle die Deutschland trennende Grenze verlaufen ist. Dieses Foto zeigt den erhaltenen Wachturm der DDR-Grenztruppen noch im Hintergrund an der Bundesstraße 79 zwischen dem niedersächsischen Ort Mattierzoll und dem sachsen-anhaltinischen Ort Hessen.

deutsche Grenze in den Fokus von Millionen von Bürgern östlich und westlich der Grenze. Es ging um die Information, wo sich die Grenzübergänge befanden, die nach der Grenzöffnung eingerichtet worden waren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, allen voran die Landesvermessung in Hannover, druckten in immer wieder neuen Auflagen diese Grenzübergänge in ihr topographisches Kartenwerk 1:200.000 und halfen auf diese Weise, Transparenz in die Geografie dieses so schicksalhaften Grenzlandes und damit ein Stück Normalität in das Leben der Deutschen zu bringen. Im Bereich des Landkreises Wolfenbüttel waren laut

Kartenstand vom 2. Januar 1990 (der inzwischen dritten Auflage) „Mattierzoll / Hessen“ und „Hornburg / Bühne“ Grenzübergänge. Letzterer war zu diesem Zeitpunkt lediglich als Fußgänger-Übergang ausgebaut, wie der nebenstehend gezeigte Kartenausschnitt verdeutlicht.

Jeweils 20 Jahre nach Öffnung sämtlicher Grenzübergänge sind direkt am Grenzübertritt in Niedersachsen Hinweistafeln aufgestellt worden, die jedermann daran erinnern, dass bis 1989 an dieser Stelle die Deutschland trennende Grenze verlaufen ist. Am niedersächsischen/sachsen-anhaltinischen Übergang bei Hornburg, an dem 35 Jahre zuvor das

Bild des Meßtrupps mit dem westdeutschen Delegationsleiter Dr. Füllele gemacht worden ist, zeigt diese Hinweistafel mit Europa-Karte samt der Grenzlinie zwischen den beiden Machtblöcken den Schriftzug: „Hier waren Deutschland und Europa bis zum 18. November 1989 um 6 Uhr geteilt“.

Literaturhinweise

Alves, Albert: Die Arbeiten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung bei der Markierung der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, in Zeitschrift für Vermessungswesen (ZfV), Heft 4, 1977, Seite 137 ff.

Schlehuber, Jürgen und Elmhorst, Bernd: Die Arbeiten der deutsch-deutschen Grenzkommision und der Vermessungsverwaltungen der Länder an der Grenze zur DDR, Nachrichten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung 1989, Heft 1, Seite 2 ff. betrifft: 6 Jahre Grenzkommision mit der DDR. Herausgegeben vom Bundesminister des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Graurheindorfer Straße 98, 5300 Bonn (1. Januar 1979).

Die Grenzkommision – Eine Dokumentation über die Grundlagen und Tätigkeiten, herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 3. ergänzte Auflage, August 1986, Bundesdruckerei Bonn 629160 10.86.

Die Geschichte des Grenzschutzkommandos Nord 1951 – 1991, herausgegeben vom Grenzschutzkommando Nord, Hannover 1991.

Frühauf, Wolfgang; Bleumer, Hartmut; Bunjes, Wolfgang: Liegenschaftskataster im Bereich des Regierungsbezirks Braunschweig – 150 Jahre Katastergesetzgebung im ehemaligen Herzogtum Braunschweig, 1999 herausgegeben von der Bezirksregierung Braunschweig, ISBN: 3-00-005184-8.

Militärisches Geowesen der DDR – von den Anfängen bis zur Wiedervereinigung, MILGEO Nr. 20/2006, Gerhard L. Fasching (Redaktion), Bundesministerium für Landesverteidigung Wien, Dezember 2006.

Kertscher, Dieter: Die Vermessungsarbeiten an der DDR-Grenze, im Heimatbuch 2010 Landkreis Wolfenbüttel Seite 18 ff (ISBN: 978-3-9811709-2-4).

Heise, Sibylle: Hornburg – eine Stadt an der Grenze, im Heimatbuch 2010 Landkreis Wolfenbüttel, Seite 35 ff (ISBN: 978-3-9811709-2-4).

Nittinger, Johannes: Lebenserinnerungen mit Aufzeichnungen der Jahre 1939 – 49 als Leiter des preußischen Neumessungsamtes in Wolfenbüttel (persönliche Aufzeichnungen).

Krieg, Wilhelm und Hosang, Joachim: Hüben und Drüben – Geschichte der Zonengrenze, 1992, Satz, Druck TYPO TEAM Wolfenbüttel, Vertrieb Joachim Hosang, Jerxheim.

Simmerding, Franz X.: Grenzzeichen, Grenzsteinsetzer und Grenzfrevler – Ein Beitrag zur Kulturgeschichte, herausgegeben vom Deutschen Verein für Vermessungswesen Landesverein Bayern. ISBN 3-923825-08-0.

Befragungen der Leiter der Vermessungstrupps des Katasteramtes Wolfenbüttel, Herrn Dipl.-Ing. Eckehard Materne (1974-1976) und Herrn Dipl.-Ing. Peter Sturm (1986) im August 2009 durch den Autor.